

Mehr Respekt vor Polizeiarbeit

Die Polizisten sind „keine Prügelknaben der Nation“, sagt Prof. Dr. Thomas Feltes im Interview der Woche. Er forderte die Politik auf, das Engagement der Polizisten mehr zu würdigen. ▶ **S. 17**



Polizei darf nicht provozieren

Prof. Dr. Feltes nimmt Stellung zur Sicherheitsdebatte und künftigen Großeinsätzen der Polizei



Zur Person

Jurist und Kriminologe

Professor Dr. Thomas Feltes, gebürtiger Mainzer, hat in Dortmund sein Abitur gemacht und anschließend Rechtswissenschaften und Pädagogik an der Universität Bielefeld studiert. 1979 erfolgte die Promotion zum „Dr. jur.“, 1992 die Habilitation für die Fächer Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug an der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen. Ende 1992 wurde der passionierte Forscher zum Rektor und Professor auf Lebenszeit an der Fachhochschule Villingen-Schwenningen, der Hochschule für Polizei, berufen. Seit August 2002 ist er Universitäts-Professor an der Ruhr-Universität Bochum und Inhaber des einzigen Lehrstuhls in Deutschland für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft. Er organisiert dort u.a. den Masterstudiengang Kriminologie und Polizeiwissenschaft. Zielgruppe sind Studierende mit einem abgeschlossenen Studium der Rechtswissenschaften sowie Polizeibeamte und Sozialarbeiter. die

Nach den Krawallen rund um den G8-Gipfel ist die Sicherheitsdebatte neu entfacht. Das Bundesinnenministerium sowie Vertreter von Union und SPD hatten als Konsequenz eine bessere Überwachung von Autonomen gefordert. Thomas Feltes, Professor für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft an der Uni Bochum, sagt, dass konsequente Kontrollen sowie die Durchsetzung des Vermummungsverbots ausreichen, um Ausschreitungen à la Rostock zu verhindern. Zusätzliche Waffen wie Gummigeschosse lehnt er ab.

► Polizei und Innenminister haben eine positive Bilanz der Sicherheitsmaßnahmen in Heiligendamm gezogen. Doch nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel – ist das Konzept der Deeskalation aufgegangen?

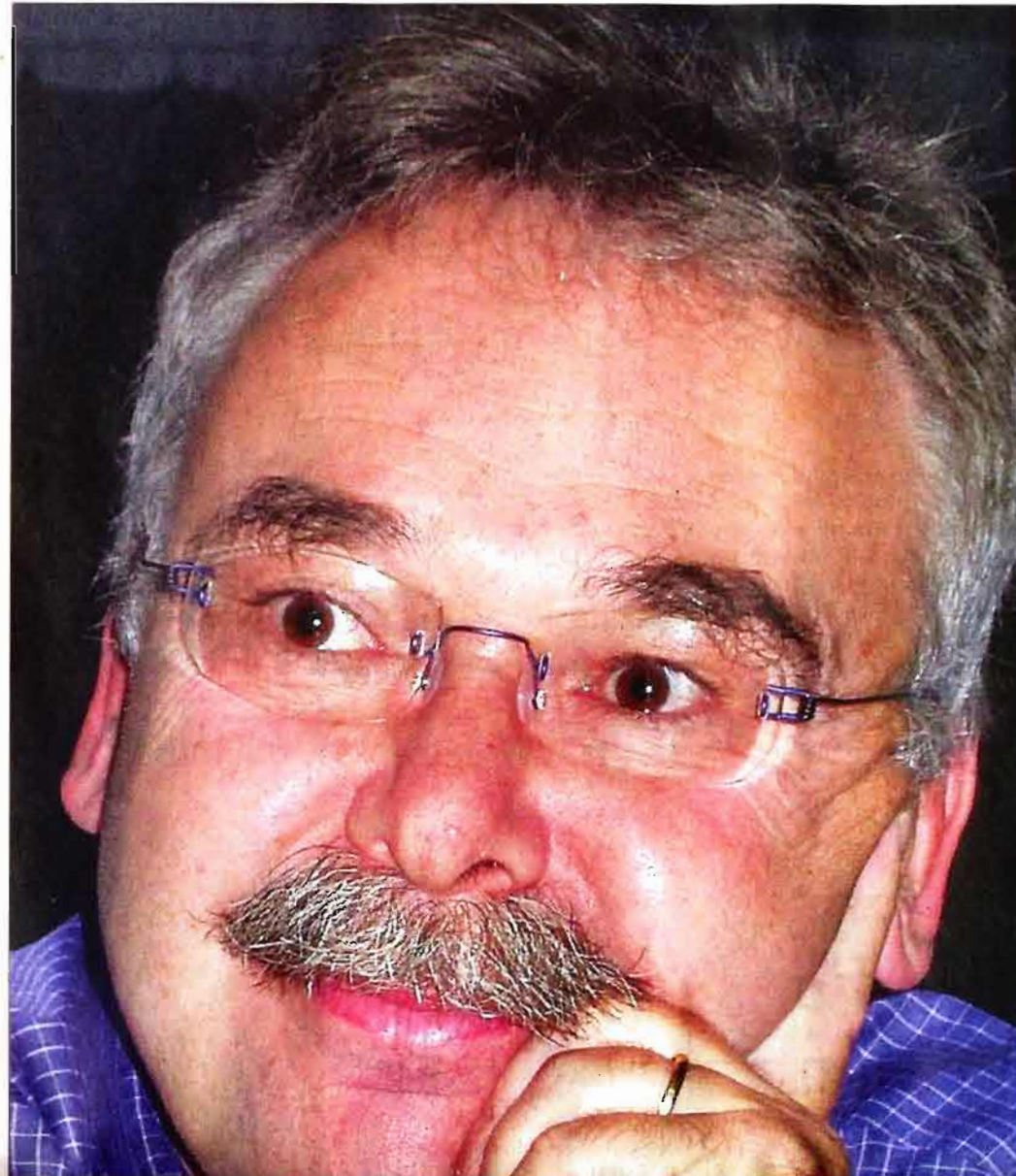
Professor Dr. Thomas Feltes: Man kann während einer solchen Veranstaltung, die über mehrere Tage geht und verschiedenste Sicherheitsmaßnahmen umfasst, nicht von einem Konzept sprechen. Vielmehr muss das Einsatzkonzept beständig den veränderten Anforderungen angepasst werden. Das hat die Polizei nach den schlechten Erfahrungen vom Samstag in Rostock, wo es zu den massiven Ausschreitungen kam, auch getan. Ebenso haben aber auch die Organisatoren der Demonstrationen und Blockaden dazu gelernt. Generell aber hat man in den letzten Jahren erkannt, dass es für alle Beteiligten besser ist, eher eine deeskalierende Strategie zu wählen – und dies während einer Aktion, aber auch schon im Vorfeld. Die polizeilichen Maßnahmen der Beamten im Vorfeld des G8-Gipfels waren da teilweise etwas ungeschickt

cher vom gewaltbereiten Pulk zu distanzieren?

► **Feltes:** Prinzipiell hat Herr Wendt Recht. Jedoch: Wenn es schon der Polizei in Heiligendamm und Rostock nicht gelungen ist, jedes Fehlverhalten in ihren eigenen Reihen zu unterbinden – wie sollen dies dann die viel weniger dirigistisch organisierten, von ganz unterschiedlichen Gruppen getragenen Veranstalter der Demonstrationen in den Griff bekommen? Wir müssen da realistisch sein und dürfen keine überzogenen Forderungen an Veranstalter stellen, weil ansonsten das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit ausgehöhlt wird.

► Ist denn der Schwarze Block stärker geworden?

► **Feltes:** Der G8-Gipfel ist (und war schon immer und überall) eine ganz besondere Chance für diese Personen, sich zu präsentieren. Hinzu kommt, dass eine Veranstaltung, die auch von der Mehrheit der Bevölkerung als überflüssig angesehen wird, eine besonders gute Kulisse darstellt. Also sind alle gekommen! Ob die Zahl



Professor Dr. Thomas Feltes lehrt an der Ruhruniversität Bochum Kriminologie, Kriminalpolitik und

und haben eher provoziert als beruhigt.

► Sehen Sie Möglichkeiten, bei Demonstrationen zu verhindern, dass autonome Gewalttäter wie in Rostock die Oberhand gewinnen?

► **Feltes:** Was in Rostock versäumt wurde, war eine genaue Kontrolle der anreisenden Demonstranten. Ähnlich wie bei einem Fußballspiel hätte man im Vorfeld die Besucher nach gefährlichen Gegenständen durchsuchen müssen. Ebenso hätte man sofort einschreiten müssen, als sich gewaltbereite Demonstranten mit Steinen bewaffneten und Gehwegplatten zerschlugen. Bei anderen Veranstaltungen – wie den Chaos-Tagen –, die nicht von demokratischen Organisationen organisiert sind, wie dies in Heiligendamm der Fall war, ist dies natürlich viel schwieriger. Hier hilft nur eine konsequente Kontrolle und Durchsetzung des Vermummungsverbot.

► Machen es sich Fachleute wie Rainer Wendt, Vizechef der Polizeigewerkschaft (DPoIG), nicht zu einfach, wenn sie die Organisatoren von Protestaktionen auffordern, sich deutli-

derjenigen großer geworden ist, die ihrer Unzufriedenheit mit dem Staat – und meist wohl auch mit ihrer persönlichen Situation – durch Gewalt Ausdruck verleihen, ist schwer zu sagen. Es spricht allerdings einiges dafür und die Politik täte gut daran, sich intensiver mit den Hintergründen und Motiven dieser Menschen zu beschäftigen.

► Bei der Fußball-WM im vorigen Jahr wurden Hooligans mittels der bundesweiten Datei „Gewalttäter Sport“ schon im Vorfeld „aussortiert“. Wäre das Sammeln von Personendaten gewaltbereiter Krawallmacher nicht ein Mittel zur Prävention von Ausschreitungen?

► **Feltes:** Wer durch Gewalttaten auffällt wird schon jetzt registriert, wenn diese Gewalttat nachgewiesen werden kann. Dies genügt vollkommen. Alles Weitere wäre eine präventive Sammlung von Personendaten, die dazu führen kann, dass Unbeteiligte zu Unrecht verdächtigt werden und gegebenenfalls massive Nachteile erleiden, wenn zum Beispiel in ihrem privaten und beruflichen Umfeld von der Polizei recherchiert wird. Ein Job ist dann

Polizeiwissenschaft. Dort gibt es einen Aufbaustudiengang für Juristen, Polizisten und Sozialarbeiter. F: nh schnell weg und jemand kann erst durch solche Maßnahmen endgültig in die gewaltbereite Ecke gedrängt werden. Zudem ist der sogenannte „Schwarze Block“ kein monolithisches Gebilde, auch wenn dies bei den Demos so aussieht. Es sind nicht nur Gewalttäter, sondern auch Personen, die politische Strukturen per se ablehnen – was ihr gutes Recht ist.

► Die Krawallmacher agieren europaweit. Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) fordert eine europaweite Datei für Autonome. Unterstützen Sie eine solche Forderung?

► **Feltes:** Mit gutem Recht geht die EU vorsichtig daran, ihre Datenbestände zu verbinden – jetzt gerade für Kfz-Register und Gen-Datenbanken. Der Datenschutz ist europaweit sehr unterschiedlich ausgeprägt, und „autonom“ sein ist (noch) kein Straftatbestand! Nochmals: Straftäter werden bereits erfasst, und dies genügt.

► Wird das Recht auf Demonstration nicht zu stark beschnitten, wenn das Bundesverfassungsgericht Protestaktionen

wie einen Sternmarsch zum Sicherheitszaun untersagt?

► **Feltes:** Das Bundesverfassungsgericht hat dies quasi selbst eingestanden. Ich denke, dass es durch die Gewalttaten in Rostock „kalte Füße“ bekommen und daher eine Entscheidung getroffen hat, die von vielen Verfassungsrechtlern bereits kritisiert wurde. Die Richter haben ja verfassungsrechtliche Bedenken an dem allgemeinen Versammlungsverbot dort geäußert und diesen „faulen Kompromiss“ 50 zuvor benannten Teilnehmern angeboten, der dann von den Organisatoren abgelehnt wurde. Übrigens haben die Karlsruher Richter die Polizeiplanungen für Heiligendamm massiv kritisiert, in dem sie in die Entscheidung hineinschrieben: „An dem Sicherheitskonzept ist an keiner Stelle zu erkennen, dass auch Anliegen der Durchführung friedlicher Demonstrationen, insbesondere solcher mit einer inhaltlichen Stoßrichtung gegen den G8-Gipfel, eingeflossen sind.“ Das Bundesverfassungsgericht hatte zu diesem Zeitpunkt leider keine andere Wahl.

► Neu entfacht ist auch die Debatte um die Ausrüstung. Braucht die Polizei zusätzliche Distanzwaffen wie Gummigeschosse und Taser?

► **Feltes:** (also Elektroschocker) werden bereits jetzt von Sondereinsatzkommandos eingesetzt; sie bergen massive Gefahren, zum Beispiel für Personen die einen Herzschrittmacher tragen oder an unerkannten Herzproblemen leiden. In den USA gab es bereits mehrere Todesfälle im Zusammenhang mit der Anwendung. Taser sind für Demonstrationen eindeutig nicht geeignet. Von den Gummigeschossen hat der Vorsitzende der größten deutschen Polizeigewerkschaft, Konrad

Freiberg – der sich ansonsten sich nicht unbedingt als „Weichei“ darstellt – eindeutig distanziert. Das ist auch die Meinung der Polizei insgesamt und der Innenminister. Gummigeschosse können – auch rechtlich – nur ein Ersatz für tödliche Waffen sein, also dort, wo auf Polizisten geschossen wird, wie in den von Israel besetzten Gebieten, im Libanon oder anderswo, aber nicht in Deutschland.

► Welche Aufgaben muss die Politik erledigen, damit die Sicherheitsbehörden einerseits das Demonstrationsrecht und andererseits den Schutz der Bürger gewährleisten können?

► **Feltes:** Zum Glück sind Demonstrationen nicht das Kerngeschäft der Polizei, sondern der alltägliche Kontakt mit dem Bürger, und hier leistet die Polizei seit Jahren eine sehr gute Arbeit – sonst würde sie nicht in der Bewertung durch die Bürger gleich nach dem Bundesverfassungsgericht rangieren und deutlich vor der Politik. Zudem wurden in den letzten Jahren die Ausbildung der Polizei, ihre Struktur und auch ihre Organisation deutlich verbessert. Was jetzt noch fehlt ist in Teilbereichen eine bessere Technik z.B. bei den Funkgeräten. Allerdings muss die Arbeit der Polizei beständig verbessert werden, wie dies in allen Bereichen der Gesellschaft der Fall ist. Der neu gegründeten Deutschen Hochschule der Polizei in Münster kommt hier eine wichtige Aufgabe zu.

► Jeder Großeinsatz der Polizei kostet mehrere Millionen Euro und verursacht tausende Überstunden. Braucht Deutschland mehr Polizisten?

► **Feltes:** Glücklicherweise haben wir solche Großeinsätze wie Heiligendamm nicht jedes

Jahr, ja nicht einmal jedes zweite oder dritte Jahr. Und beim nächsten Mal wird man den Veranstaltungsort sicher auch etwas geschickter auswählen, wie dies Japan schon für den nächsten G8-Gipfel getan hat, der auf einer schwer erreichbaren Insel stattfinden wird. Alles andere wurde und wird bislang von der Polizei bestens bewältigt. Man kann und sollte aber darüber nachdenken, dass mehr Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen an private Sicherheitsdienste abgegeben werden (z. B. bei Sportveranstaltungen), um Kosten und Personal einzusparen. Bei der WM hat sich dies bewährt, die Polizei hat hier so gut wie noch nie mit den Privaten zusammengearbeitet.

► Sind Polizisten die Prügelknaben der Nation?

Feltes: „Polizisten sind keine „Prügelknaben der Nation“ – und wenn, dann müssten es auch „Prügelmädchen“ sein, bei einem Anteil von einem Drittel und mehr Frauen bei Demoeinsätzen. Polizisten müssen allerdings häufiger Entscheidungen der Politik, die nicht bei allen und manchmal nicht einmal bei der Mehrheit der Bürger (und oftmals auch nicht bei den Polizisten selbst) auf Zustimmung stoßen, umsetzen bzw. es ermöglichen, dass sie umgesetzt werden. Die Politik täte gut daran, dieses Engagement der Polizei mehr zu würdigen und sie nicht nur als Handlanger oder ausführendes Organ ihrer Entscheidungen zu sehen. Zudem sollte die Politik auch die Konsequenzen bedenken, die sich aus Beschlüssen ergeben. Vielleicht könnte man so schon vorher manche Auseinandersetzungen vermeiden.“

Das Gespräch führte
Dietlinde Terjung



Reden statt Wasserwerfer-Einsatz: Mitglieder des „Anti-Konflikt-Teams“ der Polizei sprechen in Rostock mit Gegnern des G8-Gipfels. Derartige Teams sind auch bei Castor-Transporten im Einsatz.

Foto: dpa